

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Badisches Staatstheater - Sanierung und Erweiterung		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	14.01.2014	2	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	vorberaten
Gemeinderat	21.01.2014	4	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der geplanten Sanierung und Erweiterung des Staatstheaters im dargelegten Rahmen grundsätzlich zu.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kostenrahmen 125 Mio. €		62,5 Mio. €			
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung Kontierungsobjekt: _____ Kontenart: _____ Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Kultur		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am _____		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit _____		

Das Badische Staatstheater wurde 1975 nach neunjähriger Planungs- und Bauzeit eröffnet. Nach rund 40 Jahren besteht ein umfassender Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Neben der Sanierung der Gebäudehülle und aller technischen Anlagen (Haustechnik, Bühnentechnik und -beleuchtung, Medientechnik), der Verbesserung der Raumakustik und des Brandschutzes müssen vor allem erhebliche Flächen- und Strukturdefizite behoben werden, die von Beginn an vorhanden waren. Bedingt durch einen sehr restriktiven Kostenrahmen, wurde das geplante Schauspielhaus damals nicht ausgeführt und stattdessen die Schauspielbühne in dem als Prozebühne des Großen Hauses vorgesehenen Raumvolumen untergebracht. Durch beengte oder nicht adäquat vorhandene Flächen in allen Bereichen werden die Arbeitsbedingungen und Betriebsabläufe erheblich belastet. Einzelne Teilbereiche sind - verbunden mit großem logistischen Aufwand für den Betrieb - inzwischen extern untergebracht, so zum Beispiel die Prozebühnen Oper in der Nancyhalle oder das Junge Staatstheater in der ehemaligen Spielstätte der "Insel".

Aus der Analyse der räumlichen, funktionalen, baulichen und technischen Defizite heraus wurde gemeinsam mit dem Theater ein umfangreiches Bauprogramm entwickelt mit dem Ziel, alle Spielstätten mit den dazugehörigen Produktionsflächen wieder am Hauptstandort in der Baumeisterstraße zu konzentrieren. Unter Einbeziehung der bestehenden Substanz sollen die Funktionsbereiche neu geordnet und durch Neubauten bzw. Anbauten ergänzt werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Neubau eines Schauspielhauses, ein anderer in der Erweiterung der Werkstätten.

Die geplanten Erweiterungen erfordern die Klärung der stadträumlichen und freiräumlichen Beziehungen. Das Staatstheater liegt an der Nahtstelle zwischen Kernstadt und Südstadt. Durch den Bau der Kombilösung und der daraus hervorgehenden Umstrukturierung von Kriegsstraße und Ettlinger Straße erfährt das gesamte Umfeld um das Staatstheater eine neue Bedeutung. Alle angrenzenden Freiräume positionieren sich im Stadtgefüge neu. Bei den weiteren Planungen muss deshalb nicht nur die Frage der städtebaulichen Einordnung beantwortet werden, sondern auch die Öffnung des Theaters zur Innenstadt, die Wegebeziehungen zwischen den Stadtteilen und die Freiraumgestaltung in größerem Kontext berücksichtigt werden.

Für das gesamte Bauvolumen wurde auf der Basis eines Testentwurfs ein Kostenrahmen von zunächst 120 Mio. € ermittelt. Darin ist die Sanierung des Bestands mit rd. 60 Mio. € enthalten, der Neubau des Schauspielhauses mit rd. 40 Mio. €. Bei der weiteren Bearbeitung zeigte sich, dass die Einhaltung des Anteils für das Schauspielhaus nur erreichbar sein

würde durch zusätzliche Reduzierungen des Bauprogramms, verbunden mit Einschränkungen für den Betrieb und ggf. erneuten Anmietungen. Deshalb wurde der Kostenrahmen auf Gesamtbaukosten von 125 Mio. € erhöht (Anteil Schauspielhaus jetzt 45 Mio. €). Die Kosten sind von Land und Stadt jeweils hälftig zu übernehmen.

Aufgrund der langen Planungs- und Bauzeit wurde vereinbart, dass die Kosten ab dem Vorliegen des Wettbewerbsentwurfs der Baupreientwicklung (Index) anzupassen sind.

Es ist beabsichtigt, das Gesamtvolumen in mehreren Abschnitten, so genannten Modulen, umzusetzen. Mit diesem Vorgehen soll den begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten von Land und Stadt und der Forderung nach einem weitgehend unterbrechungsfreien Betrieb ohne größere Provisorien und Ausweichmöglichkeiten während der Bauzeit Rechnung getragen werden.

Als erstes Modul ist die Erweiterung um ein Schauspielhaus geplant. Damit können gleich zu Beginn wesentliche Defizite für den Spielbetrieb behoben und gleichzeitig eine räumlich-strukturelle Entspannung für das weitere Vorgehen und den Betrieb, also für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, geschaffen werden.

Der bisherige Planungsansatz geht von folgenden Modulen aus:

Modul 1: Schauspiel

- Schauspielhaus (einschl. 2 Probebühnen)
- Junges Staatstheater (einschl. 2 Probebühnen)
- Studiobühne (einschl. 1 Probebühne)
- Werkstattbühne
- Büroflächen Direktion Schauspiel

Modul 2: Funktionsbereiche musikalischer Apparat und Werkstätten

- Orchesterdirektion, Orchesterprobe, Übungsräume
- Probebühnen Oper und Ballett
- Schreinerei, Schlosserei, Montagehalle, Waffenmeisterei, Plastiker-Werkstatt, Deko- und Requisitenwerkstatt, Malersaal

Modul 3: Sanierung Bestand

- erfolgt teilweise schon begleitend zu Modul 1 und 2

Im Rahmen der Aufgabenteilung liegen Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen für das Staatstheater beim Land.

Vermögen und Bau, Amt Karlsruhe bereitet derzeit die Auslobung eines Planungswettbewerbs mit städtebaulicher und landschaftsplanerischer Komponente vor. Die Auslobung wurde im Planungsausschuss am 17.10.2013 vorgestellt.

Nach endgültiger Verabschiedung der Auslobung durch den Verwaltungsrat soll voraussichtlich ab Mitte Februar 2014 das europaweite VOF-Verfahren, in das der Wettbewerb eingebettet ist, gestartet werden. Die Wettbewerbsentscheidung wird für Herbst 2014 erwartet. Unter Voraussetzung der entsprechenden Mittelbereitstellung kann von einer Realisierung des ersten Moduls ab Ende 2017 ausgegangen werden.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der geplanten Sanierung und Erweiterung des Staatstheaters im dargelegten Rahmen grundsätzlich zu.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten .

14. Januar 2014